

Einleitung

ELKE ARIENS/EMANUEL RICHTER/MANFRED SICKING

Gesellschaften und politische Systeme sind Gebilde des Zusammenlebens, deren Konturen sich aus einer Grenzmarkierung von ‚innen‘ und ‚außen‘ ergeben. Das führt zu der Tendenz, der Geschlossenheit und inneren Einheit besonders deutliche Gestalt zu verleihen. Dementsprechend lassen sich zahlreiche Kohärenzmerkmale politischer Systeme ausfindig machen. Die Zusammengehörigkeit findet ihren symbolischen und rechtlichen Ausdruck in einer Mitgliedschaft, die zumeist mit dem Status der ‚Staatsbürgerschaft‘ einhergeht; die Zugehörigkeit wird einerseits durch die Gewährung von Schutz und Freiheiten, andererseits durch die Auferlegung von solidarischen Pflichten und Abgaben zum Ausdruck gebracht; und der gemeinschaftliche Bezug aufeinander führt zur Loyalität gegenüber Regeln und Institutionen, die das interne Miteinander filigran steuern und die Selbstbehauptung des Kollektivs nach außen verlässlich absichern.

Im neuzeitlichen Europa haben sich diese Manifestationen eines geschlossenen, hochgradig organisierten, kollektiven Zusammenlebens in der Bildung nationalstaatlicher Ordnungen niedergeschlagen. Die europäischen Nationalstaaten haben ein geradezu überbordendes Potenzial an inhärenter Bindungswirkung hervorgebracht, die sich im Bewusstsein der jeweiligen Bevölkerung in einer eilfertigen Gleichsetzung von territorialer Kohärenz und interner Homogenität festgesetzt hat. Die europäischen Nationalstaaten wurden mit Nachdruck zu ethnisch und kulturell geschlossenen Staatsverbänden stilisiert. Karl W. Deutsch hat diese überspitzte Vorstellung ironisch in der Sentenz karikiert: „Eine Nation ist ein Volk im Besitz eines Staates.“ (Deutsch 1973: 204). Die zweifelhafte Suggestion liegt darin, die

Einheit der Nation unversehens im Staatsverband aufgehen zu lassen. Der territoriale Rahmen des Zusammenlebens wird zum Merkmal der Homogenität verklärt, das ‚Eigene‘ wird gegen das ‚Fremde‘ explizit abgegrenzt und konfrontativ in Anschlag gebracht. Im Sog einer sich über Jahrhunderte entwickelnden Identitätspolitik haben unzählige Homogenitätsvisionen nicht nur die Wahrnehmungsfähigkeit und -bereitschaft für vorhandene interne Unterschiede und Divergenzen gesenkt, sondern auch gereizte Reaktionen auf jegliche Andersartigkeit ausgelöst, die dieser Suggestion der nationalen Einheit bedrohlich werden konnte. Insofern nimmt es nicht wunder, dass Diversität keinesfalls als Bereicherung empfunden wurde; die Toleranzschwellen für interne Distinktion und für ein externes Eindringen von kultureller Divergenz verharrten vielmehr auf niedrigem Niveau. So ließ in Deutschland bis weit in die 90er Jahre hinein eine breite gesellschaftliche und politische Ablehnung, ja Leugnung der Tatsache beobachten, dass die Bundesrepublik schon lange zum Einwanderungsland geworden war.

Die Unterstellungen nationaler Geschlossenheit haben sich zu einer Ideologie verfestigt, deren Vereinnahmungstendenz die Fähigkeit zur distanzierten und kritischen Selbstbeobachtung herabgesetzt hat. So ist aus dem Blick geraten, dass historisch eine beständige Bewegung innerhalb und zwischen den vermeintlich geschlossenen und homogenen Systemen zu verzeichnen war, in der nicht nur ein Austausch im Modus ökonomischer und politischer Disparitäten stattfand, sondern sich auch ganz real eine bisweilen in Wellen abzeichnende Wanderung von Menschen aus ganz unterschiedlichen Nationalkulturen vollzog. Mannigfaltige Kulturen, Ethnien, Glaubensgemeinschaften und politische Überzeugungen treffen in den vermeintlich geschlossenen Nationalgesellschaften aufeinander und formieren sich teilweise in subnationalen Zonen und Abgrenzung zum Ganzen. Kurzum, den europäischen Gesellschaften fehlten bislang das Bewusstsein sowie eine gehörige Portion an Sensibilität für die immer schon vorhandene Verschiedenartigkeit und partikularistische Identität der Menschen, die in den nationalen Staatsverbänden aufeinander treffen, um gemeinsam die kollektive Lebensbewältigung zu betreiben.

Unter diesen Voraussetzungen kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Gesellschaft auf die sozialen, kulturellen, religiösen und (arbeitsmarkt-)politischen Herausforderungen der gesellschaftlichen Heterogenität hinreichend vorbereitet ist, und tatsächlich erfolgte in vielen europäischen

Nationalstaaten eine fundierte Auseinandersetzung mit den Implikationen der multikulturellen Gesellschaft erst mit gehöriger Verspätung.

Unter diesem zugleich klangvollen wie kontrovers aufgeladenen Stichwort der ‚Multikulturalität‘ ist erst im auslaufenden 20. Jahrhundert eine wachsende öffentliche Aufmerksamkeit für jenen Problemhorizont zu verzeichnen, der sich aus der Spannung zwischen den auf Geschlossenheit, Homogenität und Begrenzung fixierten Ordnungen des Zusammenlebens einerseits und der hochgradigen Diversifikation und damit beschränkten Integrationsmöglichkeit unter ihren Akteuren andererseits ergibt. Vor allem die unbewältigten Folgen der Einwanderungswellen haben konfliktreich und bisweilen sogar gewaltsam verdeutlicht, dass die Leitlinien des Zusammenlebens unter den Bedingungen eklatanter Verschiedenartigkeit einer grundlegenden Revision bedürfen. Im Zerrspiegel eines geschürten Antagonismus unter religiösen Glaubensbekenntnissen entwickelte sich insbesondere die mangelnde Kongruenz von religiöser und nationaler Zugehörigkeit zu einem gravierenden Problem, das massive politische Interventionen erforderlich machte (Meyer/Schubert 2011). Im Zuge der intensivierte Erfahrungen mit Andersartigkeit werden mithin zahlreiche Probleme gesellschaftlicher Integration, politischer Teilhabe und kultureller Koexistenz aufgeworfen. Migration, transnationale Mobilität und verstärkt weltweite Fluchtbewegungen entwickeln sich zu schwierigen Herausforderungen nationalkultureller Integration. Das Bild der nationalen Geschlossenheit bröckelt; im Nebel vermeintlicher Einheitlichkeit werden zunehmend die Unterschiede und ihre wechselseitigen Vermittlungsprobleme erkennbar. Das Nationale entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ein Konglomerat an Vielfalt, dessen Teile sich überrascht gegenseitig wahrnehmen und zunehmend selbstbewusst zu erkennen geben. Das hat gravierende politische Folgen: Der in den konventionellen demokratischen Verfahren angelegte Vorrang jeglicher Mehrheit vor der Berücksichtigung von Minderheitsinteressen vermag nicht mehr in ausreichendem Maße allgemeinen gesellschaftlichen Konsens und politische Loyalität hervorzubringen. Die ‚größte Zahl‘ geht nicht mehr ungefragt mit der Suggestion einher, ‚das Ganze‘ zu repräsentieren, und die Angehörigen der ‚Wenigen‘ geben sich nicht mehr damit zufrieden, die zu vernachlässigenden Außenseiter darzustellen (Rosanvallon 2011). Partikularität entwickelt sich zu einer eigensinnigen Erscheinungsform des nationalen Miteinanders und erzeugt heikle Problemkonstellationen gesellschaftlicher Integration.

Durch Internationalisierung, Transnationalisierung und Globalisierung – sowie generell die Zunahme der Mobilität der Menschen – haben die Überschreitung und Entwertung nationaler Interaktionsmuster und Rahmenordnungen deutlich zugenommen. Zugleich schwinden die Tragfähigkeit konventioneller Verständnisse von politischen Ordnungen und der sie stützende Zusammenhalt unter ihren Angehörigen. Es hat sich scheinbar eine ‚postnationale‘ Konstellation herausgebildet, die einen enormen grenzüberschreitenden Transfer von Gütern, Personen und Kapital anzeigt, obwohl gleichzeitig das Gewaltmonopol und die Kontrollmöglichkeiten der Nationalstaaten in eigentümlichem Beharrungsvermögen fortexistieren (Zangl/Zürn 2003). Der externe Angriff auf die nationale Geschlossenheit entfaltet also keine kosmopolitische Einheitsvision, sondern wird begleitet von neuen Grenzziehungen und Partikularismen in konventionellen und unkonventionellen Bahnen, die selbst noch in der supranationalen Integration erkennbar bleiben. In Gestalt eines religiös kodierten Fundamentalismus artikuliert sich beispielsweise eine asymmetrische Frontlinie der Bekämpfung des Andersartigen, die zwar nationalstaatliche Grenzziehungen ignoriert, aber dafür umso schärfere kulturelle Antagonismen konstruiert. Alte Räume der Abgrenzung werden aufgebrochen, um neuen Räumen der Abgrenzung Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. So schreiben sich die Antagonismen zwischen innen und außen, zwischen Eigenem und Fremdem sowie die gravierenden Probleme ihrer Koexistenz lediglich in neuem Gewand fort (Sassen 2006).

Unweigerlich breiten sich massive öffentliche und akademische Unsicherheiten hinsichtlich der vorhandenen und möglichen Ligaturen des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Nationalstaat und darüber hinaus aus. Im Fahrwasser dieser Verunsicherung hat der Reizbegriff der ‚Multikulturalität‘ seine Aktualität und Brisanz gewonnen. Multikulturalität und Migration sind heute die Kennzeichen eines realen, irritierenden Strukturwandels, der die Erwartung von Kohärenzen zwischen den Räumen der kooperativen Lebensbewältigung und der Zusammengehörigkeit ihrer Betreiber erheblich erschüttert.

Das vorliegende Buch greift im Lichte dieser Leitbegriffe die Wandlungen des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenhalts in Europa und die daraus folgenden Herausforderungen auf, um für das Verständnis und den Umgang mit ihnen klärende Systematisierungshilfen anzubieten.

Die meisten Beiträge dieses Buches gehen zurück auf eine Vortragsreihe der Initiative *Europäische Horizonte*. Im Mai 2011 diskutierten in Aachen zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unterschiedlichsten Blickwinkeln über die Implikationen der Multikulturalität. Deren Vorträge und späteren Aufsätze wie auch die weiteren Beiträge dieses Buches werfen teils Fragen nach der allgemeinen Konzeptualisierung von ‚Gemeinschaften‘ der kollektiven Lebensbewältigung auf, teils verweisen sie auf die Schwierigkeiten der rechtlichen, politischen und kulturellen Operationalisierung multikultureller Leitbilder. Manche Beiträge beleuchten die sozialen, politischen und kulturellen Probleme der Zusammenlebens sowie die Grenzen eines für kulturelle Vielfalt sensibilisierten Verständnisses, andere blicken exemplarisch auf die spezifischen historischen und aktuellen Rahmenbedingungen, unter denen sich in den europäischen Migrationsgesellschaften Multikulturalität entfaltet – oder an dem Beharrungsvermögen vielfältiger Mythen der Geschlossenheit und Homogenität scheitert. Der breite Themenhorizont, den die Beiträge dieses Buches somit eröffnen, legt eine Gruppierung in drei inhaltliche Schwerpunkte nahe.

Modelltheoretische Konstruktionen von Multikulturalität und Integration

Im ersten Abschnitt werden modelltheoretische Konstruktionen von Multikulturalität und gesellschaftlicher Integration vorgestellt und ihre interne Plausibilität kritisch erörtert.

Gemeinhin wird Kanada als Paradebeispiel für eine multikulturelle Gesellschaft herangezogen, der es gelungen ist, die erfolgreiche Integration von Neuankömmlingen zu gewährleisten. Der Umgang mit kultureller Differenz ist hier eng an die zivilgesellschaftliche und staatlich institutionalisierte demokratische Praxis geknüpft. Oliver Schmidtke nimmt in seinem Beitrag zunächst Bezug auf Will Kymlicka, der zu den wichtigsten gegenwärtigen Autoren zum Thema ‚Multikulturalismus‘ gehört und, wie Schmidtke bemerkt, nicht zufällig aus Kanada stammt. Kymlicka beschreibt zunächst den Charakter multikultureller Staaten und fragt sich, wie diese auf der politischen Ebene mit kultureller Vielfalt umgehen sollen. Erst die Anerkennung legitimer Belange von Minderheiten und benachteiligten Gruppen gewährleiste, dass ihre Identität geschützt werde und dass liberale Demokratien tatsächlich ihr Freiheits- und Gleichheitsangebot in

der Praxis einlösen. Auf der Grundlage des von Kymlicka skizzierten Modells beschreibt Schmidtke das zentrale Strukturmerkmal des kanadischen Multikulturalismus: dass ethisch-kulturelle Vielfalt eben keine Gefährdung der sozialen und politischen Integrität des Gemeinwesens darstellt, sondern eine Bereicherung, die es staatlich anzuerkennen und ohne Assimilationszwang zu fördern gilt.

Multikulturalität ist nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein politisches Problem. Emanuel Richter widmet sich in seinem Beitrag *Multikulturalität und Demokratie. Zuwanderung und die konzeptionellen sowie praktischen Probleme der politischen Integration* den demokratischen Herausforderungen, die Multikulturalität aufwirft. Zunächst weist er darauf hin, dass die multikulturelle Prägung der europäischen Nationalgesellschaften schon immer viel größer war, als sie derzeit in den Konflikten und Kontroversen um Einwanderung und Integration veranschlagt wird. Homogenität wird überschätzt, Heterogenität heruntergespielt und diffamiert. Demokratische Theorien der wechselseitigen ‚Anerkennung‘ verweisen treffend darauf, dass die Gleichwertigkeit politisch integrierter Subjekte nicht an deren Gleichartigkeit gebunden ist, sondern umgekehrt ihre Verschiedenartigkeit in Prozessen kontextsensibler Ermächtigung zu politischer Teilhabe ihren Ausdruck finden muss. Demokratie ist kein fixiertes Ordnungsprinzip, sondern eine höchst variable Praxis der politischen Inklusion unter den Bedingungen von Heterogenität. Multikulturelle Verschiedenartigkeit kann nur darin ihre gesellschaftliche Entfaltung und ihren politischen Ausdruck finden. Insofern sieht Richter die Notwendigkeit, speziell für Migrantinnen und Migranten verstärkt spezifische, den jeweiligen Kontexten angemessene Partizipationsangebote bereitzustellen.

Oliver Radtke diskutiert das aus seiner Sicht zentrale Strukturproblem der modernen, funktional-differenzierten Gesellschaft: Wie kann sichergestellt werden, dass vielfache Inklusionschancen für die ganze Bevölkerung, also für jeden Einzelnen, bereitgestellt und von diesen genutzt werden können? Empirisch immigrieren Menschen nicht primär in ein Aufnahme-land, sondern zunächst – und vor allem – in Funktionssysteme: in ein Beschäftigungssystem, Familiensystem, Erziehungs- oder Wissenschaftssystem. Hier plädiert Radtke für einen radikalen Wechsel des Umgangs mit Migration und zugewanderten Minderheiten sowie für eine Überprüfung eingübter Denkweisen und etablierter Semantiken, um letztlich die Organisation des demokratischen Gemeinwesens an längst veränderte Verhält-

nisse anpassen zu können. Denn in großen deutschen Städten verliere die Unterscheidung von Mehr- und Minderheiten mit oder ohne Migrationshintergrund zunehmend ihre Bedeutung für die Lebensführung des Einzelnen. Migrationshintergrund wird zunehmend zu einem Distinktionsmerkmal unter anderen. Ein neues politisches Selbstverständnis der Bundesrepublik als ‚Einwanderungsland‘ sei vonnöten. Sowohl Staat als auch Öffentlichkeit müssten sich in die Lage versetzen, Zugang zu den strukturellen Veränderungen der Weltgesellschaft zu finden. Insbesondere sei eine öffentliche Diskurskultur zu entwickeln, in der nicht in abgrenzender Absicht über Menschen mit Migrationshintergrund geredet wird, sondern diese sich selbst als Bürger an den Angelegenheiten der *res publica* substantiell beteiligen.

Multikulturelle Ansprüche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Im zweiten Abschnitt erfolgt die Veranschaulichung der gesellschaftlichen Probleme, die sich aus der Konfrontation multikultureller Ansprüche mit den tatsächlichen Rahmenbedingungen gesellschaftlicher, politischer und kultureller Interaktion ergeben.

In seinem Beitrag *Multikulti 2011. Aktualität und Veraltung eines Begriffs* bezieht Claus Leggewie deutlich Position für die Akzeptanz kultureller Verschiedenartigkeit innerhalb der europäischen Nationalgesellschaften. Unter der Prämisse einer „freiwilligen sozialen Selbstregulierung des freien Meinungsaustauschs“ plädiert er für die möglichst ungehinderte Artikulation von kulturellen Eigenheiten und Differenzen. Ein Blick auf die soziologischen Verständnisse von ‚Interkulturalität‘ würde genügen, um kulturelle Homogenität als willkürliches Konstrukt zu entlarven, das sich der Einsicht in die unhintergehbare Vielfalt der kollektiven Erfahrungsräume verweigert. Globale Migration und Transnationalisierung sowie eine „interkulturelle Gemengelage“ müssen als Grundbedingungen moderner Lebensformen verstanden werden. Vor allem die Abschottung in den Grenzziehungen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften hält Leggewie für ein fatales Missverständnis interkultureller Koexistenzregeln – und obendrein für einen Rückfall hinter verfassungsrechtliche Garantien der Religionsfreiheit. Toleranz, konstruktive sowie kompromissorientierte Konfliktaustragung und Mediation müssen den ungeübten Umgang mit dem Fremden

steuern und ihm jene unaufgeregte Routine verschaffen, die eine durchaus kontroverse, aber immer friedfertige Koexistenz unter den Bedingungen interkulturell durchdrungener Gesellschaften ermöglicht.

Regina Ammicht Quinn wiederum richtet den Blick auf ethische Kontextfragen der Multikulturalität, von Kultur und Integration. Identität, Wertvorstellungen und Religion – diese sind die Parameter, entlang derer sie die zentralen Linien der Diskussion und Auseinandersetzung über Aufnahme und Abgrenzung, über Integrationsbereitschaft und Integrationserwartung aufzeigt. Der Blick in die Vergangenheit zeigt hier zudem, dass die Diskussionen sich in mancherlei Hinsicht nicht wesentlich verändert haben, dass heute vielfach nur die Begrifflichkeiten andere sind, während bei näherer Betrachtung vielfach ein Beharren auf alten Positionen zu verzeichnen ist.

Burka- und Kopftuch-Debatte zeigen deutlich: Westliche Gesellschaften setzen sich zusehends mit Fragen der Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau im Islam auseinander. Birgit Rommelspacher analysiert in ihrem Beitrag zum Thema *Feminismus und Islam* zunächst, welche zutreffenden und weniger zutreffenden Bilder der muslimischen Frau in unserer westlichen Gesellschaft vermittelt werden, wie diese entstehen – und nicht zuletzt, wie Fragen der Gleichberechtigung bei der Diskussion über Grenzen und Möglichkeiten der Multikulturalität und Religionsfreiheit instrumentalisiert werden. Rommelspacher beleuchtet das Geschlechterverhältnis und die je unterschiedlichen Geschlechtermodelle zwischen westlicher und muslimischer Welt und weist auch darauf hin, dass unsere westliche Sicht der Dinge mitunter durchaus von Missverständnissen und Vorurteilen geprägt ist, wenn man beispielsweise die Funktion des Kopftuches als Symbol der Unterdrückung einerseits, aber auch der Selbstbestimmung andererseits betrachtet. Weibliche Emanzipation kann und muss in muslimisch geprägten Gesellschaften nicht nach denselben Mustern und Prozessen verlaufen, wie es im Westen vielleicht der Fall ist. Rommelspacher zeigt anhand von zahlreichen Beispielen Perspektiven und Standpunkte muslimischer Frauen auf und verdeutlicht, was dies für die multikulturelle Gesellschaft bedeutet.

Exemplarische Problemhorizonte multikultureller Gesellschaften

Im dritten Abschnitt kommen exemplarisch konkrete Kontexte der Entfaltung multikultureller Modellvorstellungen und ihre internen Problemhorizonte zur Sprache.

Migration ist eine Tatsache moderner und offener Gesellschaften. Seit den Zeiten der ersten ‚Gastarbeiter‘ ist die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Politik und Gesellschaft stellten sich jedoch erst spät und zögernd auf dieses Faktum ein. Ulrich Bielefeld skizziert die Geschichte der Migration in der Bundesrepublik seit ihren Anfängen in den 60er Jahren und erinnert an die unterschiedlichen Diskurse, die seitdem darüber geführt wurden. Dabei macht er deutlich: Homogenität – wie auch immer bestimmt: kulturell, ethnisch, religiös oder national – ist die Ausnahme, nicht die Regel. Der moderne, sich demokratisierende Staat und seine Gesellschaft waren und sind dies nicht: einheitlich und homogen. Als die Rückkehr der Arbeitsmigranten sich immer deutlicher als Illusion entpuppte und ihr Verbleib längst zur sozialen Tatsache geworden war, änderte sich der Diskurs: Die Fremden wurden nun mehr und mehr nicht als Arbeitskräfte, sondern als Unsicherheitsfaktoren thematisiert. In diesem ‚Diskurs der Gefährdung‘, der im Prinzip bis heute anhält, bestimmt immer wieder das Vorgestellte, das zukünftig als wirklich Gedachte die Wahrnehmung des heute Realen.

Auch und gerade die Geschichte Aachens lässt sich beispielhaft als die einer Migrationsstadt lesen, als Geschichte eines Gemeinwesens, das im Grunde von Anbeginn an in bemerkenswerter Weise durch Wanderungsprozesse geprägt war. Marc Engels und Christoph Rass skizzieren die vielen Etappen der Zuwanderung nach Aachen, um sich dann der Migrationsgeschichte nach 1945 zuzuwenden. Erkennbar wird, wie die Stadt Teil einer allgemeinen Entwicklung war, was Zuwanderung für Deutschland und für Aachen bedeutet hat, und wie die Stadtgesellschaft auf das Phänomen reagiert bzw. sich mit ihm verändert hat. Ihre Untersuchung, die Basis für die Ausstellung *Bewegung – Migration in Aachen seit 1945* war, verfolgt das Ziel, Zuwanderung einen Platz im kollektiven Gedächtnis und im Geschichtsbild der Stadt zu geben und diesen noch blinden Fleck in der traditionsreichen Geschichte und Identität der Stadt Aachen auszufüllen. Engels und Rass dokumentieren das Werden einer neuen Stadtgesellschaft, das

doch nur eine weitere Etappe im immerwährenden Wandel zu Neuem ist. Deutlich wird, dass Städte Laboratorien der Zukunft in dem Sinne sind, dass hier gesellschaftlicher Wandel und Modernisierungsprozesse hautnah erfahrbar werden. Die Autoren geben schließlich der Hoffnung Ausdruck, dass aus einer besseren Kenntnis des Gestern produktive Erkenntnisse und Energie für die Gestaltung des Morgen erwachsen.

Viele Jahre galten die Niederlande als das Vorzeigebispiel erfolgreicher Integrationspolitik – die Vision einer multikulturellen Gesellschaft, in der jeder zu seinem Recht kommt, schien hier realisiert. Die Morde an Pim Fortuyn und Theo van Gogh und nicht zuletzt – mit Geert Wilders' *Partij voor Vrijheid* – das Erstarken einer politischen Kraft am äußeren rechten Rand haben dazu geführt, dass unser Blick auf den Nachbarn eine Neujustierung erfahren hat; viele Fragezeichen haben sich bisher nicht beseitigen lassen. Matthias Kortmann diskutiert in seinem abschließenden Beitrag die Frage, ob der vielzitierte niederländische Multikulturalismus vielleicht ein Mythos und die gesellschaftliche Diskussion lediglich eine Kontroverse um Begrifflichkeiten ist, die durch Akteure am äußeren rechten Rand des politischen Spektrums instrumentalisiert werde und eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit der Frage, was den tatsächlich die niederländische Gesellschaft in ihrer kulturellen Vielfalt zusammenhält, unterminierte.

Die unter den drei Themenhorizonten versammelten Beiträge dieses Buches zeigen, dass sich ‚Multikulturalität‘ in den gängigen öffentlichen Debatten das eine Mal als idealistisch durchtränktes, das andere Mal als ein vom Affekt der Abwehr vereinnahmtes Reizwort erweist. Die Ausrufung ihrer ethischen und politischen Überzeugungskraft geht unversehens mit den Schmährufen auf ihre praktische Nutzlosigkeit und auf das klägliche Scheitern ihres Erfüllungsanspruchs einher (Özdoğan 2005). Jenseits der zum Schaden des analytischen Erklärungswerts erfolgenden, positiven oder negativen ideologischen Vereinnahmung in den öffentlichen Kontroversen, zeigt die Prominenz des Begriffs unzweifelhaft an, dass in der Selbstwahrnehmung der europäischen Gesellschaften hinsichtlich der Merkmale und Ziele ihres Zusammenhalts etwas in Bewegung geraten ist. Wenn durch die Auseinandersetzung mit der Kategorie ‚Multikulturalität‘ aber eine kritische Reflexion der Potenziale gesellschaftlicher Integration einerseits und der Implikationen kultureller Vielfalt andererseits initiiert wird, so erfüllt sie bereits einen hinreichenden Zweck als Systematisierungshilfe einer produktiven Suche nach Handlungs- und Gestaltungsoptionen. Sie verdeut-

licht, dass bislang unerkannt gebliebene Herausforderungen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens weder kollektiv ignoriert und verdrängt, noch situationistisch abgearbeitet werden können. Das Gelingen des kollektiven Zusammenlebens im Zeitalter ganz neuartig konturierter Interaktionsbedingungen verlangt nicht nur nach probaten Strategien der politischen Bewältigung; erforderlich ist ebenso eine begleitende, reflexive Betrachtung seiner inhärenten Herausforderungen, der erwünschten Effekte und Ziele und der modelltheoretisch plausiblen Möglichkeitshorizonte einer Koexistenz unter den Bedingungen kultureller Vielfalt. Diesem gemeinsamen Anliegen einer kritischen analytischen und normativen Prüfung fühlen sich die Autorinnen und Autoren dieses Buches verpflichtet, wenn sie in den folgenden Beiträgen den Problemhorizont aus ganz unterschiedlichen konzeptionellen, normativen, operativen und praktischen Blickwinkeln beleuchten.

LITERATUR

- Deutsch, Karl W.: Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, Düsseldorf, 1973.
- Meyer, Hendrik/Schubert, Klaus (Hg.): Politik und Islam, Wiesbaden, 2011.
- Özdoğan, Mehmet Mihri: Das rauschhafte Ende von Multikulti, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 2, 2005, S. 4-7.
- Rosanvallon, Pierre: The Metamorphoses of Democratic Legitimacy: Impartiality, Reflexivity, Proximity, in: Constellations, Vol. 18, No. 2, 2011, S. 114-123.
- Sassen, Saskia: Territory, Authority, Rights. From Mediaval to Global Assemblages, Princeton/Oxford, 2006.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael: Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation, Frankfurt am Main, 2003.

